

Das Ringen um Fachkräfte

KONTINGENTE Anders als für Arbeitskräfte aus der EU legt der Bundesrat für Spezialisten aus Drittstaaten Kontingente fest. Für das laufende Jahr hat er diese gesenkt. Der Arbeitgeberverband und die Kantone fordern nun eine Kehrtwende.

TOBIAS BÄR
schweiz@luzernerzeitung.ch

Jeweils gegen Jahresende legt der Bundesrat fest, wie viele Fachkräfte aus Drittstaaten die Schweizer Unternehmen im kommenden Jahr rekrutieren dürfen. Anders als für Arbeitskräfte aus der EU gelten für solche aus Indien, aus den USA oder aus China nämlich Höchstzahlen. Für das laufende Jahr kürzte der Bundesrat die Kontingente – statt 8500 Spezialisten wie noch 2014 dürfen lediglich 6500 kommen. Der Entscheid fiel unter dem Eindruck der Zuwanderungsinitiative der SVP.

Nützt nichts, schadet aber

Die Höchstzahlen für das kommende Jahr soll die Landesregierung noch im Oktober bekannt geben. Und der Arbeitgeberverband macht in einem Schreiben an die Adresse des Staatssekretariats für Migration klar, was er vom Bundesrat erwartet: eine Rückkehr zu den Kontingenten von 2014. Personen aus Drittstaaten machten einen «sehr kleinen Teil» der Zuwanderung aus, die Wirtschaft sei aber auf sie angewiesen. Auch die Kantone halten eine Aufstockung der Kontingente für angezeigt. Der Effekt von tieferen Höchstzahlen sei mit Blick auf die gesamte Zuwanderung gering, der wirtschaftliche Schaden aber beträchtlich, heisst es in einem Brief der kantonalen Volkswirtschafts- und Justizdirektoren an Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Es handle sich um einen streng geregelten Zuwanderungsbereich, bei dem zudem der Inländervorrang gelte. «Von einer überschüssigen Zuwanderung kann hier nicht gesprochen werden.»

Nachfrage aus der IT-Branche

Benötigt werden die ausländischen Fachkräfte zum Beispiel in der IT-Branche. Gefragt sind dort aber vor allem

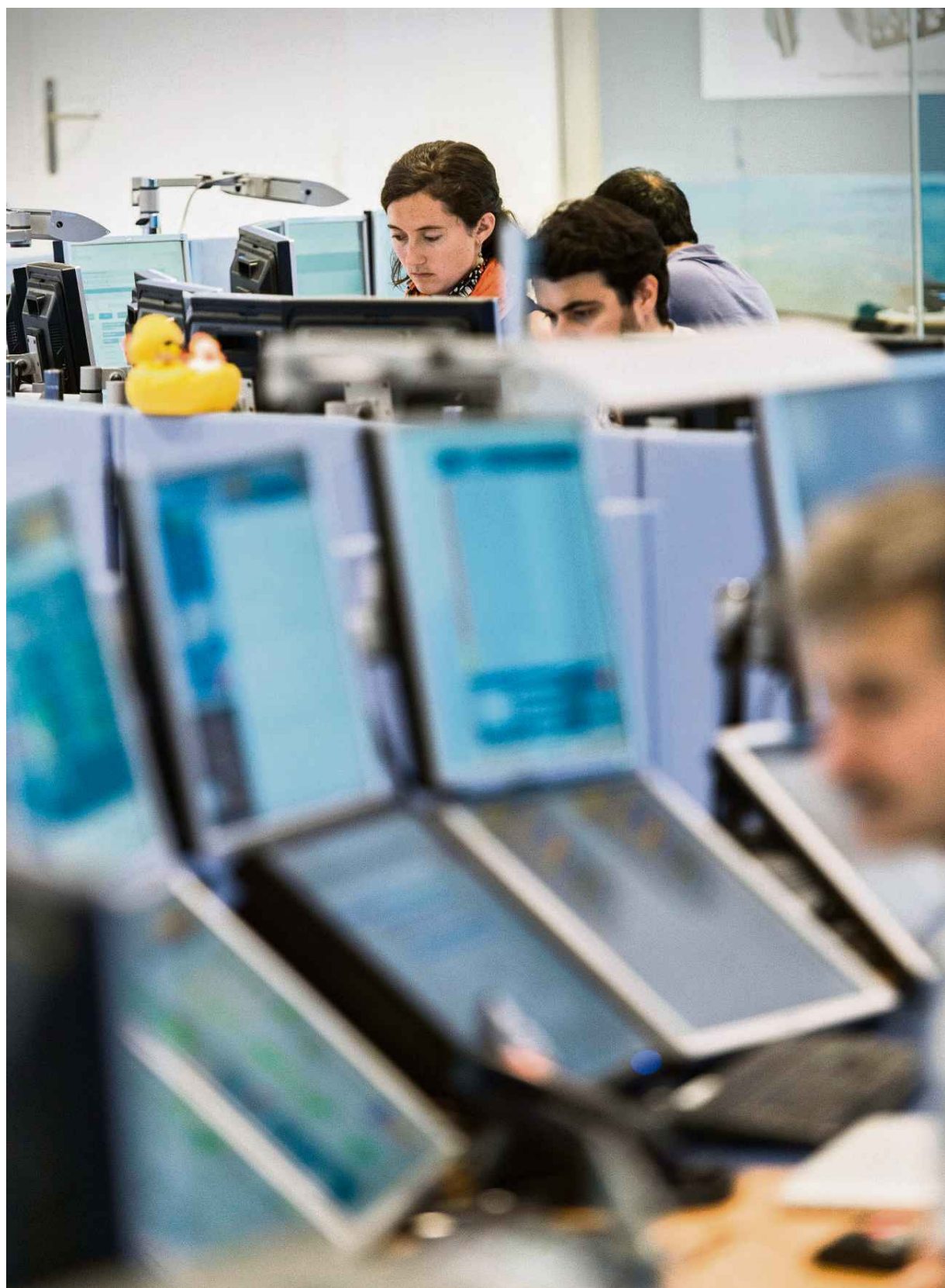
sogenannte Dienstleister aus der EU mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung. Auch für diese gelten Höchstzahlen – die der Bundesrat für das laufende Jahr ebenfalls gekürzt hat, von 3000 auf 2000. Im Abstand von drei Monaten gibt der Bund jeweils 500 der heiss begehrten Bewilligungen frei. Wer im August einen EU-Dienstleister benötigte, der musste sich bis zur Freigabe der nächsten Tranche Anfang Oktober gedulden.

«Ganz sicher keine Einwanderer»

Der Branchenverband Swico warnte bereits zu Jahresbeginn, durch die Kürzung der Kurzaufenthalter-Kontingente seien Schweizer ICT-Projekte gefährdet. Die Befürchtung habe sich bereits im ersten Quartal bewahrheitet, sagt Geschäftsführer Jean-Marc Hensch. «Wir haben konkrete Fälle von Mitgliedern, bei denen die Projekte in ausländische Niederlassungen abwandern.» Für Hensch ist die Kürzung unbegreiflich: «Das sind Personen, die ganz sicher nicht einwandern wollen, da sie ja weiterhin von einem ausländischen Arbeitgeber beschäftigt sind.» Unproblematisch für die IT-Branche seien die Kontingente für Fachkräfte aus Drittstaaten, also von ausserhalb der EU: «Diese reichen gut.»

Bereits im März aufgebraucht

Henschs Befund gilt aber nicht für alle Kantone. Sie erhalten vom Bund eine bestimmte Anzahl Bewilligungen für Fachkräfte aus Drittstaaten, der Rest bleibt in einer Reserve des Bundes. Hat ein Kanton sein Kontingent ausgeschöpft, kann er beim Bund anknöpfen. Und genau das mussten mehrere Kantone auch machen: Der Kanton Zürich etwa hat seine 655 Bewilligungen bereits Ende Mai ausgeschöpft und seither drei



Der IT-Branche fehlen Fachkräfte – weil der Bundesrat die Kontingente für Kurzaufenthaltsbewilligungen gekürzt hat.

Symbolbild Keystone/Christian Beutler

Mal Kontingente aus der Bundesreserve erhalten, wie es bei der Volkswirtschafts-direktion heisst. Und in Basel-Stadt waren die 136 Bewilligungen gar schon Anfang März aufgebraucht. Der Kanton fordert deshalb einen grösseren Anteil an den Kontingenten. Der Verteilungsschlüssel ist diese Woche – neben der Höhe der Kontingente – Thema eines Treffens zwischen Justizministerin Sommaruga und Kantonsvertretern.

Für die SVP steht der anstehende Entscheid des Bundesrates zu den Fachkräften aus Drittstaaten nicht im Vorder-

grund, wenn es um die von ihr geforderte Beschränkung der Zuwanderung geht. Fraktionschef Adrian Amstutz bezeichnet die letztjährige Kürzung auf Anfrage als «unwirksame Scheinlösung», mit der der Bevölkerung etwas vorge-macht werde.

Steuer-Freibrief hat kaum Chancen

BUNDES-RAT sda. Der Bundesrat will die Mehrwertsteuer und die direkte Bundessteuer unbefristet erheben können. Die Befristung ist in der Bundesverfassung verankert: Ohne Verfassungsänderung kann der Bund die Mehrwertsteuer und die direkte Bundessteuer ab 2021 nicht mehr erheben. Das will der Bundesrat nun im Rahmen der Finanzordnung 2021 verhindern.

Im Parlament dürfte der Vorschlag aber einen schweren Stand haben, wie das Echo in der Vernehmlassung zeigt. CVP, FDP und SVP lehnen die Finanzordnung 2021 ab und wollen dem Bund keinen Blankocheck ausstellen. Unterstützung kommt einzig von linker Seite. Sollte das Parlament dennoch zustimmen, entscheidet das Stimmvolk.

Wichtigste Einnahmequelle

Im Jahr 2014 nahm der Bund aus der Mehrwertsteuer 22,6 Milliarden und aus der direkten Bundessteuer 18 Milliarden Franken ein. Es handelt sich mit 60 Prozent um die Haupteinnahmequelle des Bundes. Ohne diese Steuern könne der Staat seine Aufgaben nicht mehr wahrnehmen, hält der Bundesrat fest.

Dschihad-Reisende im Visier

BERN Der Bundesrat hat ein Zusatzprotokoll zur Europaratskonvention genehmigt.

Damit wird es einfacher, Terrorismus vorzubeugen.

sda. Der Bundesrat will den Kampf gegen terroristisch motivierte Reisen verstärken. Er hat dazu gestern ein Zusatzprotokoll zur Europaratskonvention genehmigt. Dieses erweitert das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus und stellt Reisen für terroristische Zwecke sowie entsprechende Finanzierungs- und Unterstützungshandlungen unter Strafe. Die Schweiz werde das Protokoll als einer der ersten Staaten am 22. Oktober in Riga unterzeichnen, schreibt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) in einer Mitteilung.

Gegen Anwerbung und Ausbildung

Terroristische Aktivitäten und deren Vorbereitung sind in der Schweiz bereits heute strafbar. Ausserdem sind die Gruppierungen el Kaida und Islamischer Staat sowie verwandte Organisationen verboten. Das Verbot betrifft die Be-

teiligung an diesen Organisationen und deren Unterstützung und Förderung. Künftig soll es aber darüber hinaus eine spezifische Strafnorm gegen die Anwerbung und Ausbildung von Terroristen geben. Der Bundesrat werde zur Umsetzung des Zusatzprotokolls eine solche Strafnorm vorschlagen, schreibt das EJPD. Zudem wird ein eigener Straftatbestand gegen das terroristisch motivierte Reisen und dessen Finanzierung geprüft. Die Ausweitung der Strafbarkeit werde verhältnismässig vorgenommen, unnötige Eingriffe in Grundfreiheiten seien zu vermeiden, heisst es in der Mitteilung.

Zwei Dutzend laufende Verfahren

Derzeit führt die Bundesanwaltschaft rund zwei Dutzend Verfahren gegen Personen, die sich Organisationen wie dem Islamischen Staat angeschlossen oder entsprechende Schritte unternommen haben. Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) hat bisher insgesamt 71 Dschihad-Reisende aus der Schweiz gezählt, davon 25 Personen mit Schweizer Pass. 40 Fälle sind bestätigt, bei 31 Fällen handelt es sich um Verdachtsfälle. 57 Personen begaben sich nach Syrien und in den Irak, 14 nach Somalia, Afghanistan und Pakistan. Einige von ihnen befinden sich noch vor Ort.

Der Nachrichtendienst geht davon aus, dass 13 Personen gestorben sind. 7 Todesfälle sind bestätigt. 13 Personen sind in die Schweiz zurückgekehrt. Davon sind 7 Fälle bestätigt, bei den übrigen handelt es sich um Verdachtsfälle: Entweder konnte die dschihadistische Motivation dieser Personen nicht nachgewiesen werden, oder ihr genauer Aufenthaltsort konnte nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Der NDB geht diesen Fällen nach. Die Zahl der Dschihad-Reisenden gibt er seit einem Jahr bekannt.

Punktueller Verbesserungen

Mit dem Phänomen der terroristisch motivierten Reisen beschäftigt sich auch die Task-Force Tetra des Bundes. Anfang Jahr forderte diese punktueller Verbesserungen, warnte aber gleichzeitig vor symbolischen Massnahmen.

So beurteilte sie etwa die Einrichtung einer Hotline skeptisch. Eine solche führe zu einer grossen Zahl an Spontanhinweisen. Erfahrungen hätten jedoch gezeigt, dass sich nur wenige als relevant erwiesen. Noch wenig fortgeschritten sind in der Schweiz Bemühungen, Rückkehrer zu deradikalisieren. Solche Programme seien heikel und aufwendig, aber Erfolg versprechend, schrieb die Task-Force in ihrem Bericht.

Schweiz agiert unkoordiniert

MENSCHENHANDEL sda. In der Schweiz werden zu wenige Opfer von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung erkannt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Expertengruppe des Europarates, die die Umsetzung der Konvention gegen Menschenhandel durch die Schweiz unter die Lupe genommen hat. Sie macht etliche Schwachstellen aus: Demnach hapert es vor allem bei der Koordinierung zwischen den Kantonen. Die Expertengruppe fordert einen entsprechenden Mechanismus, schweizweit eine Aufstockung der finanziellen Mittel und mehr Personal sowie einen wirksameren Schutz minderjähriger Opfer. Zudem brauche es eine entsprechende Ausbildung von Arbeitsinspektoren und die Erarbeitung von Hilfsmitteln zur Erkennung von Zwangsarbeit. Auch solle die Erkennung von Opfern bereits im Asylverfahren verbessert werden.

Fedpol berücksichtigt Kritik

Die Schweiz will sich nun mit den Empfehlungen der Greta befassen und sie bei der Erarbeitung des neuen Nationalen Aktionsplanes gegen Menschenhandel berücksichtigen – das gelobte das Bundesamt für Polizei (Fedpol) in einer Stellungnahme.